

Budget 2023

Budgetrede Finanzminister

Dr. Magnus Brunner, LL.M.

„Aus Verantwortung für Morgen“

Sicher in die Zukunft

Wien, 12. Oktober 2022

Budgetrede

Gehalten am Mittwoch, den 12. Oktober 2022

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Verehrte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Ein Budget ist immer die Antwort der Bundesregierung auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen.

Mit diesem Budget geben wir genau die Antworten, die es jetzt in zugegeben schwierigen Zeiten braucht.

Mit diesem Budget übernehmen wir Verantwortung für Morgen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir können uns nicht aussuchen, in welchen Zeiten wir leben und wir wählen auch nicht die Herausforderungen, mit denen wir als Politiker konfrontiert sind.

Was wir aber sehr wohl beeinflussen können ist, wie wir als Gesellschaft, als Standort und als Staat mit Krisen umgehen und wie wir aus diesen Extremsituationen hervorgehen.

Mein Anspruch ist, dass Österreich nicht nur gut durch diese schwierigen Zeiten kommt, sondern daran wächst.

Ich weiß, viele von Ihnen hier im Saal und vor den Bildschirmen zu Hause, können das Wort Krise nicht mehr hören.

Ich kann das persönlich sehr gut nachvollziehen.

Die Krise ist ein scheinbar ständiger Begleiter unseres Alltags geworden.

Wenn man die Nachrichten einschaltet, die Zeitungen liest, im Gespräch mit Freunden, Nachbarn und Familie.

Ich werde Ihnen heute nicht sagen, dass die Krise vorbei ist. Und ich werde auch nicht versprechen, dass wir 2023 keine Krisensituation mehr haben.

Was ich Ihnen sagen kann:

Mit diesem Budget reagieren wir auf die aktuellen Herausforderungen und wir sorgen bestmöglich vor, falls der Staat wieder im großen Umfang helfen muss, um Existenzen zu retten. Gleichzeitig investieren wir in die Themen der Zukunft.

Meine Damen und Herren!

Es sind wahrscheinlich die schwierigsten Zeiten seit dem zweiten Weltkrieg, mit denen die Menschen in diesem Land und diese Politikergeneration konfrontiert sind.

Das liegt an den multiplen Krisen, die wir alle gemeinsam zu bewältigen haben.

I. Nach Pandemie nahtlos in die Energie- und Wirtschaftskrise

Bis vor zweieinhalb Jahren kannten die meisten Menschen in Österreich das Wort „Pandemie“ nur in Verbindung mit fernen Ländern. Das Wort „Wirtschaftskrise“ war für viele ein Begriff aus den Geschichtsbüchern.

Mittlerweile prägen beide Begriffe das tägliche Leben. Die Menschen spüren, dass die Zeiten schwieriger sind.

Seit dem Ausbruch der Covid-Pandemie in Österreich, im Februar 2020, ist die Politik auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene gefordert. Mit noch nie dagewesenen notwendigen Einschränkungen und milliardenschweren Hilfsmaßnahmen haben alle Gebietskörperschaften ihren Beitrag geleistet, um die Menschen, Arbeitsplätze und Unternehmen bestmöglich durch die Krise zu tragen.

Dafür ein Dank an alle, die in dieser schwierigen Zeit Verantwortung für das Land, die Gesellschaft und den Standort übernehmen und sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Klar ist auch: Die Folgen von Pandemie und Wirtschaftskrise spüren alle Verantwortungsträger und Gebietskörperschaften auch in ihren Budgets.

Rückblick Covid-Ausgaben 2022 und 2023 (budgetiert)

Seit Beginn der Pandemie haben wir als Bund 46,5 Milliarden Euro aufgewendet, um Gesundheit zu schützen, Arbeitsplätze, Betriebe und Gemeinden durch die Krise zu bringen.

Auch wenn sich die Notwendigkeit für Covid-Unterstützungen reduziert hat, haben wir im Jahr 2022 bisher 6,8 Milliarden Euro für Gesundheit, Wirtschaft und für die finanzielle Stabilität von Kommunen und unser ehrenamtliches Vereinswesen aufgewendet:

- Mit 2,6 Milliarden Euro wurden die Gesundheit und medizinische Versorgung der Menschen abgesichert.
- 2,2 Milliarden Euro sind bereits an Unternehmenshilfen ausbezahlt worden. Und auch hinter diesen Zahlen stehen gerettete Arbeitsplätze und vermiedene Insolvenzen.
- 597 Millionen Euro wurden für die Kurzarbeit aufgewendet, also die direkte Sicherung von Arbeitsplätzen.

2023 haben wir für die weitere Unterstützung gegen die Folgen der COVID-19 Pandemie **2,7 Milliarden Euro im Budget** veranschlagt, den Großteil für Gesundheit und Vorsorgemaßnahmen in den Schulen.

Und weil ich die Wirtschaftshilfen angesprochen habe: Die sind, bei aller teilweise berechtigten Kritik, der Grund, warum wir Anfang 2022 wirtschaftlich deutlich stärker aus der Pandemie gekommen sind, als andere Länder:

- Im Dezember 2021 hat das WIFO für Österreich heuer ein BIP-Wachstum von 5,2% prognostiziert und aktuell sind es immerhin noch 4,8 %.
- Im 2. Quartal 2022 lag die österreichische Wirtschaftsleistung (saisonbereinigt) um +3,3 % über dem 4. Quartal 2019, während Deutschland erst das Vorkrisenniveau erreichte und auch der Zuwachs in der Eurozone lag 1,5 Prozentpunkte hinter jenem von Österreich.

Diese Zahlen zeigen, dass wir in der Pandemie vielleicht nicht alles, aber doch sehr vieles richtig gemacht haben.

Dann kam mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ein Szenario, das niemand in Europa in die Prognosen einberechnet hat und das für die meisten Menschen in Europa völlig denkmöglich erschien:

Krieg auf dem europäischen Festland. Raketen auf Städte, die näher an Wien sind als Bregenz.

Und dieser Krieg sorgt, neben allen menschlichen Tragödien, für Unsicherheit bei den Menschen und bei den Unternehmen in Österreich.

Und vor allem: Der Krieg verstärkt die hohe Inflation und die daraus resultierende Teuerung, die ihren Ursprung teilweise noch in Aufholeffekten aus der Pandemie und in globalen Lieferketten-Problemen hatte.

Denken wir an ein querstehendes Schiff im Suezkanal oder einen geschlossenen Hafen in Shanghai, die ebenfalls massive Auswirkungen auf die globale Versorgung hatten.

Und all diese Effekte wurden eben noch einmal verstärkt durch den Krieg in der Ukraine.

Ja, auch Europa spürt die Sanktionen, die wir gegen Russland verhängen mussten.

Und ich sage bewusst „mussten“.

Europa kann und darf nicht zulassen, dass sich Staaten über das Völkerrecht hinwegsetzen und ein einzelner Politiker entscheidet, ob ein Staat eine Existenzberechtigung hat oder nicht.

Und ja, die Sanktionen treffen auch uns in Europa. Aber vor allem treffen sie Russland hart und die Wirkung wird mit jedem Monat stärker:

- Die russische Wirtschaft ist weitgehend isoliert,
- von internationalen Finanzmärkten weitgehend abgeschnitten,
- die Versorgung mit Hightech-Komponenten ist stark eingeschränkt,
- in ganz Europa wird daran gearbeitet, die Abhängigkeit von Russland im Energiebereich von Tag zu Tag zu reduzieren und
- die Sanktionen haben zu einer nie gekannten Geschlossenheit Europas geführt, die auch von Russland unterschätzt wurde.

Ja, wir alle und vor allem die Haushalte und Betriebe in Österreich spüren die Auswirkungen der russischen Aggression vor allem im Energiebereich. Das muss man ehrlich sagen.

Man muss aber auch sagen, woran das liegt. Nämlich daran, dass Putin Energie und damit die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gezielt als Waffe im Krieg einsetzt, um seine Ziele zu erreichen und die Union zu spalten.

Denn: Es waren nicht die Sanktionen Europas, die den Gashahn zuge dreht haben. Das hat Russland bereits ab dem Jahr 2021 getan und deshalb sollte man hier keine andere Geschichte glauben.

Daher ist zwar der Ruf nach einem Ende der Sanktionen emotional verständlich.

Aber niemand hat eine Garantie, dass Russland dann seine Verpflichtungen einhält. Und wir alle haben gesehen, wie wenig wir den russischen Ankündigungen glauben können.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Willkür eines Mannes entscheidet, ob unsere Heizungen in Österreich kalt oder warm sind.

Daher reduzieren wir alle in Österreich und Europa unsere Abhängigkeit von Russland im Energiebereich.

Dieser Weg ist aber noch lang. Daher befinden wir uns aktuell in einer schwierigen Situation, wo wir einerseits viel Geld in die Hand nehmen, um unsere historisch gewachsene Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren und andererseits gleichzeitig die Auswirkungen der hohen Inflation auf die Menschen so gut wie möglich abzufedern.

Und ich sage gleich dazu: **Die Inflation werden wir nie für alle ausgleichen. Und wir können auch nicht jede Krise der Welt und deren Auswirkungen zu 100% kompensieren.**

Wer das verspricht, spielt mit dem Feuer und erzeugt eine Illusion für die Menschen. Das ist unseriös und nicht mein Zugang zu Politik.

Das ist bei Inflationsraten von 9 bis 10 % schlichtweg nicht möglich - und schon gar nicht bei Inflationsraten wie z.B. in Estland mit mehr als 25%.

Natürlich muss die Politik Maßnahmen setzen, um die Menschen in dieser Situation zu entlasten.

Aber es heißt: **Überlegt zu handeln und es heißt verlockenden Rufen nicht gleich nachzugeben.**

Nicht alles, was populär ist, ist auch vernünftig.

Es braucht Fingerspitzengefühl zwischen notwendiger Unterstützung und gleichzeitig dürfen wir die importierte Inflation nicht weiter anheizen.

Natürlich klingt es verlockend, einfach einen Deckel auf den Strompreis in Österreich einzuziehen.

Sinnvoll wäre das aber nicht, denn damit würden wir durch den liberalisierten europäischen Strommarkt mit österreichischem Steuergeld auch den Strom in Bayern, Italien, Tschechien oder Ungarn vergünstigen.

Ebenso könnte es dann billiger sein, mit gefördertem Strom statt mit anderen Energiequellen zu heizen. Ein Blackout wäre damit viel wahrscheinlicher.

Und das will sicherlich niemand von uns. Wir gehen mit unseren Entlastungsmaßnahmen daher den seriösen Weg.

Wir machen das z.B. mit der Strompreisbremse, die weiterhin Marktsignale erlaubt und direkt inflationssenkend wirkt. Davon profitieren Haushalte in Österreich und eben nicht in den Nachbarländern.

Inflation als Wohlstandsgefährdung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe die hohe Inflation bereits angesprochen.

- Von Jänner bis September hat sich die Inflation in Österreich von 5% auf 10,5% mehr als verdoppelt.
- Damit übertrifft die Inflationsrate die Werte während der Ölkrisen der Siebzigerjahre und steigt auf den höchsten Stand seit Juli 1952.

Das ist die Ausgangslage vor diesem Winter und für dieses Budget! Vor diesem Hintergrund sind unser Wohlstand und Wachstumskurs vergangener Jahre plötzlich massiv gefährdet.

Unsere Aufgabe – und zwar aller politischen Gestalterinnen und Gestalter, auf allen Ebenen – ist es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Menschen erwarten von der Politik: Antworten und Lösungen.

Deutschland vs. Österreich: Wohlstandsverlust vs. Wohlstandserhalt

Und, wie ich bereits gesagt habe, ist das natürlich eine Herausforderung für unseren Wohlstand. In Deutschland sprechen Politiker aufgrund der aktuellen Situation seit Monaten vom Wohlstandsverlust.

Aber, bei allem Respekt: Ich finde, das ist für politisches Leadership zu wenig.

Wir wollen Österreich mit neuer Kraft aus der Krise führen, und dafür müssen wir schon in der Krise die Weichen stellen.

Das tun wir mit diesem Budget!

II. Österreichs Regierung kämpft gegen die Teuerung

Österreich ist in seiner Geschichte immer wieder mit fundamentalen Krisen konfrontiert gewesen. Wir sind danach immer noch stärker und mit noch mehr Zusammenhalt zurückgekommen.

Und die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, sind historisch.

Die Teuerungen betreffen längst nicht mehr nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, sondern sind im Mittelstand angekommen.

Das Wirtschaftswachstum wird in Österreich heuer mit rund 4,8% zwar noch erfreulich hoch sein. Die Auswirkungen der hohen Inflation ziehen sich aber bereits durch die gesamte Wirtschaft. Für 2023 wird derzeit ein Wirtschaftswachstum von 0,2% prognostiziert.

Waren es in der Pandemie vor allem einzelne Branchen, die besonders hart getroffen wurden, betreffen die Probleme im Energiebereich und die Teuerungen jeden Bereich und alle Betriebe.

Wenn die äußeren Rahmenbedingungen schwierig werden, müssen wir es für Bürgerinnen und Bürger und auch für Unternehmen leichter machen!

Die **Antwort auf globale Krisen** kann **nicht „mehr Bürokratie“** und auch **nicht mehr Steuern sein!**

Deshalb hat der Bund heuer bereits zum elften Mal die Erhöhung der Bundesgebühren ausgesetzt.

Maßnahmen gegen die Teuerung 2022 in Höhe von 6,3 Milliarden Euro

Wir haben aber nicht nur an den kleinen Schrauben gegen die Teuerung gedreht.

Allein heuer haben wir für die Menschen Entlastungsmaßnahmen in Höhe von 6,3 Milliarden Euro umgesetzt und in den nächsten Jahren bis 2026 werden wir mehr als 30 Milliarden ausgeben.

Wir haben **zu Jahresbeginn zwei Pakete mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 4,4 Milliarden Euro** geschnürt, darunter:

- a) Sofortzahlungen für besonders betroffene Gruppen,
- b) Massive Entlastungen für Pendlerinnen und Pendler,
- c) Mehr Sicherheit in der heimischen Landwirtschaft
- d) Senkung der Energieabgaben und vieles mehr.

Vieles davon wirkt bereits seit Monaten, andere Maßnahmen entfalten erst nach und nach ihre Wirkung und sind auch im kommenden Jahr budgetwirksam.

Das **dritte Antiteuerungs-Paket** vom Frühsommer **bringt in Summe 28,7 Milliarden Euro** an finanzieller Entlastung:

- a) Noch im Sommer haben wir jene neuerlich mit 300 Euro entlastet, die am stärksten betroffen sind,
- b) dazu 180 Euro Einmalzahlung Familienbeihilfe für jedes Kind,
- c) Familien profitieren außerdem vom vorgezogenen höheren Familienbonus Plus und Kindermehrbetrag.

- d) Der Klima- und Antiteuerungsbonus bringt 500 Euro für jeden Erwachsenen, für jedes Kind 250 Euro.
- e) Anfang nächsten Jahres greifen die strukturellen Entlastungen und wir stärken damit die Kaufkraft der Menschen dauerhaft.

Der Staat hilft im Rahmen seiner Möglichkeiten, wenn Unternehmen und Arbeitsplätze aufgrund der aktuellen Herausforderung bedroht sind.

Und ja, manchmal profitiert ein Bundesland oder eine Bevölkerungsgruppe von einer Maßnahme stärker als andere.

Wir haben bei den Covid-Hilfen nicht die Ausgaben für einzelne Akteure gegeneinander hochgerechnet und wir werden es auch nicht beim Kampf gegen die Teuerung tun.

Es ist gute Tradition in Österreich, dass der Staat bei Katastrophen und außergewöhnlichen Krisen hilft.

Das gilt beim Hochwasser in Salzburg, beim Ernteausfall im Burgenland und bei Lawinenabgängen im Westen. Und es gilt, wenn das Leben der Menschen nicht mehr leistbar wird.

Denn: Die aktuelle Teuerung hält sich nicht an Bundesländergrenzen und trifft alle von West nach Ost. Deshalb mein Appell: Lassen wir uns in der Krise nicht spalten.

Wichtig ist, dass sich die Bürger und Betriebe in allen Bundesländern auf den Staat verlassen können. Denn es ist unser aller Steuergeld, mit dem wir helfen.

Budgetierte Maßnahmen gegen die Teuerung 2023

Das werden wir auch im kommenden Jahr tun:

Wir haben **2023 8,4 Milliarden Euro** unmittelbar für den Kampf gegen die Teuerung budgetiert:

- Wir helfen den Unternehmen heuer und im nächsten Jahr mit dem Energiekostenzuschuss mit einem Volumen von 1,3 Milliarden Euro und einer Strompreiskompensation iHv 233,3 Millionen Euro.
- Und wir unterstützen die Autofahrerinnen und Autofahrer noch bis inklusive Juni 2023 mit einem höheren Pendlerpauschale und einem höheren Pendlereuro – das sind rund 220 Millionen Euro nur im Jahr 2023. In Summe entlasten wir Pendlerinnen und Pendler mit 420 Millionen Euro.

Ökosoziale Steuerreform – Maßnahmen 2022

Das alles finanzieren wir zusätzlich zu den Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform.

Wir haben an diesem zentralen Projekt weiter festgehalten, nicht trotz der Krise, sondern gerade wegen der Krise.

Gerade jetzt ist es notwendig, die Menschen zu entlasten.

Gerade jetzt braucht es Anreize für die Wirtschaft.

Gerade jetzt ist es wichtig, den ökologischen Umstieg zu beschleunigen.

Mitten in der größten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg haben wir Tarifstufen der Lohn- und Einkommensteuer herabgesetzt, den Familienbonus Plus und den Kindermehrbetrag angehoben und Steuern für Unternehmen gesenkt.

Wir setzen als Bundesregierung klare Schwerpunkte, die nicht nur den Prioritäten beider Regierungsparteien entsprechen, sondern den Notwendigkeiten unserer Zeit!

Wir haben damit die größte Transformation des Steuersystems umgesetzt, die es jemals gab.

In Summe beträgt die Entlastung der Österreicherinnen und Österreicher und der heimischen Wirtschaft alleine durch die Ökosoziale Steuerreform bis 2025 rund 18 Milliarden Euro.

Damit kurbeln wir die Wirtschaft an und heben uns im europäischen Wettbewerb ab.

Mit der Ökosozialen Steuerreform gelingt die Brücke zwischen Wirtschaft und Klimaschutz.

Und wir folgen dem Ansatz „Anreize statt Verbote“: Die Ökosoziale Steuerreform setzt Anreize für umweltfreundliches Verhalten und nachhaltige Investitionen.

Jede eingesparte Tonne CO₂ ist ein Beitrag gegen den Klimawandel und für ein friedliches Europa, quasi eine doppelte Dividende.

Denn wir haben gesehen, wie gefährlich die Abhängigkeit von fossiler Energie ist. Deshalb müssen wir langfristig umdenken und Anreize für die grüne Transformation setzen!

Für mich ist klar: Klimaschutz ist eine der zentralen Aufgaben unserer Generation.

Für diesen Weg braucht es vollen Einsatz und Hausverstand: Denn ich will nicht von der Energiewende träumen, sondern sie konsequent umsetzen.

Ich bin überzeugt: Damit Österreich seine Klimaziele erreicht, brauchen wir Investitionen, Innovation und Zusammenarbeit.

All diese Bemühungen haben eines gemeinsam: Sie werden Kapital erfordern und der Staat wird die Probleme nicht alleine lösen.

Wir brauchen die Bevölkerung – und wir werben um Bewusstsein und Akzeptanz für die grüne Transformation.

Denn wir dürfen auf diesem Weg niemanden verlieren: Nicht die Menschen, nicht die Wirtschaft.

Daher setzen wir bei der Ökosozialen Steuerreform auf Anreize und Entlastung.

Wir senken die Tarifstufen der Lohn- und Einkommensteuer, von 35 auf 30 und 42 auf 40 Prozent. **In Summe entlasten wir die Österreicherinnen und Österreicher durch diese Senkung bis 2026 mit rund 11 Milliarden Euro.**

Zahlen zur Entlastung

- a) Laut Eco Austria wird das Bruttoinlandsprodukt durch die Steuerreform mittelfristig um rund 1 Prozent höher ausfallen als ohne unsere geplanten Maßnahmen.
- b) Damit verbunden legt auch die Beschäftigung deutlich zu, die im Jahr 2025 um rund 0,7 Prozent bzw. über 30.000 Personen höher ausfällt als ohne die Reform.
- c) Die realen Nettoeinkommen fallen um mittelfristig 2,2 bis langfristig 2,4% höher aus.

Es ist daher wichtig, dass wir gerade jetzt an diesen Maßnahmen festhalten.

Ich betone die Steuerreform auch deshalb, weil **die monatliche steuerliche Entlastung für viele Menschen mittlerweile selbstverständlich** ist – aber es war diese Bundesregierung aus ÖVP und Grünen, die diese Steuerreform umgesetzt hat.

Viele Staaten in Europa haben geplante Steuerreformen abgesagt.

Wir gehen den Weg der Entlastung weiter:

Ökosoziale Steuerreform – Maßnahmen 2023

2023 schließen wir den Umbau des Steuersystems auf Arbeitnehmerseite mit der Senkung der dritten Steuerstufe ab:

- Für Einkommen zwischen 31.000 und 60.000 Euro wird der Steuersatz von 42 auf 40% gesenkt.

Das bringt einem Angestellten mit einem durchschnittlichen Einkommen bis zu 580 Euro Entlastung pro Jahr.

- Unternehmen werden mit einer Senkung der Körperschaftsteuer um bis zu 900 Millionen Euro pro Jahr entlastet. Konkret wird die **KöSt** 2023 von 25 auf 24% und im Jahr 2024 weiter auf 23% gesenkt.

Das schafft Spielraum für Investitionen und ist Anreiz für Betriebsansiedlungen.

Von dieser KöSt-Senkung profitieren rund 80.000 österreichische Unternehmen. Mehr als zwei Drittel dieser heimischen Unternehmen haben einen Gewinn von unter 100.000 Euro. Mehr als die Hälfte dieser Unternehmen hat einen Gewinn von unter 40.000 Euro.

Die Senkung des KöSt-Satzes hat also eine positive Signalwirkung für unseren Wirtschaftsstandort und fördert Eigenkapitalbildung, Wirtschaftswachstum, Investitionen und Beschäftigung.

Auch das ist ein lang artikuliertes Versprechen und auch dieses Versprechen löst diese Bundesregierung ein.

Während andere Länder belasten, um ihre Budgets zu sanieren, entlasten wir, um für die Wirtschaft attraktiv zu bleiben und Investitionen und Arbeitsplätze zu schaffen.

III. Struktureller Wandel statt kleine Schrauben

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verstehe, dass die Menschen angesichts der hohen Inflation und der Teuerung Sorgen haben. Mit den Maßnahmen der Regierung helfen wir den Menschen, gut durch den Herbst und Winter zu kommen.

Egal ob Teuerungsausgleich für besonders betroffene Gruppen, Pendlerpauschale, die Steuerreform, Pakete für die Landwirtschaft, die Senkung der Elektrizitätsabgabe oder jetzt durch Klima- und Antiteuerungsbonus:

- **Wir haben Maßnahmen für alle Österreicherinnen und Österreicher und für jeden Betrieb beschlossen.**

Das kann man natürlich kritisieren und man kann über jede Einzelmaßnahme diskutieren.

Ja, vielleicht gehen wir bei der einen oder anderen Maßnahme zu sehr in die Breite. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass auch die Teuerungen mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind.

Hier geht es um den Installateur, der die Heizung repariert. Um den Bäcker, der die Semmeln liefert. Um die Pendlerin, die am Land jeden Tag zur Arbeit fährt.

Für uns als Bundesregierung war immer klar: Wir lassen die Menschen nicht im Stich.

Das ist die Verantwortung, die wir als Bundesregierung wahrgenommen haben und wir werden weiterhin tun, was notwendig ist.

Aber: Einzelmaßnahmen alleine reichen nicht!

Die hohe Inflation wird uns – anders als bis vor ein paar Monaten von vielen prognostiziert – noch länger begleiten.

Wir werden nicht morgen aufwachen und die Inflation ist plötzlich auf einen Vor-Krisen-Wert gesunken.

Auch der Krieg in der Ukraine und die politische Instrumentalisierung von Energie durch Putin werden nicht unmittelbar vorbei sein.

Vor diesem Hintergrund funktionieren die politischen Mechanismen der vergangenen Jahrzehnte nicht mehr.

Erstmals reicht es nicht, mit einer Steuerreform alle paar Jahre für Entlastung zu sorgen.

Daher haben wir auch strukturelle Maßnahmen eingeleitet, die in Österreich seit vielen Jahrzehnten diskutiert, aber nie umgesetzt wurden.

Abschaffung kalte Progression

Mit 1.1.2023 schaffen wir die kalte Progression ab.

Seit rund 40 Jahren war das eine politische Dauerforderung, ein oft formuliertes Bekenntnis aller Parteien und angeblich ein Ding der Unmöglichkeit.

Bis diese Regierung das Gegenteil bewiesen hat!

Viele Regierungen haben es versprochen, wenige haben es probiert, wir haben es geschafft!

Wir haben uns genau angeschaut, welches Modell das richtige ist, um soziale Treffsicherheit, Ausgewogenheit und positive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen zu erreichen.

Und auch wenn manche es bewusst falsch sagen oder es nicht verstehen wollen: Wir schaffen die kalte Progression zu 100% ab. Der Staat behält sich nichts davon.

Welche Dimension die Abschaffung hat, wird deutlich, wenn man sich die Entlastungen ansieht:

- Bis 2026 beträgt die Gesamt-Ersparnis für Menschen in Österreich 18,7 Milliarden Euro.
- Und ich weiß, es ist schwer zu erklären, aber lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen:
- Ein durchschnittliches Einkommen von 2.160 Euro brutto pro Monat wäre nächstes Jahr nur mehr rund 2.000 Euro wert.
- Mit der Abschaffung der Kalten Progression wirken wir dem entgegen. Mit diesem Einkommen bleiben alleine nächstes Jahr 370 Euro mehr, über die nächsten 5 Jahre über 5.000 Euro mehr netto am Konto.
- Ein weiteres Beispiel: Bisher waren Bürgerinnen und Bürger ab einer Einkommensgrenze von 11.000 Euro steuerpflichtig. Durch die Einigung der Bundesregierung liegt diese Grenze im nächsten Jahr bei 11.693 Euro.

Und trotzdem suchen all jene Parteien, die immer schon für die Abschaffung der kalten Progression waren, seit Monaten nach Gründen, warum sie jetzt plötzlich dagegen stimmen.

Zu spät, zu falsch und nicht von der eigenen Partei.

Diese Bundesregierung setzt diesen Schritt jetzt um.

Valorisierung Sozialleistungen

Das gilt auch für die Valorisierung der Sozialleistungen. Seit vielen Jahren immer wieder gefordert, regelmäßig auch hier im Parlament.

Wir setzen auch diesen Schritt 2023 um!

Durch die **Valorisierung zusätzlicher Sozialleistungen** rechnen wir 2023 mit **363 Millionen Euro** an Mehrausgaben für den Staat bzw. **Entlastung** für die Bürgerinnen und Bürger.

Davon profitieren insbesondere die **Familien**:

Ab 1.1.2023 werden:

- a) Die Familienbeihilfe und der Mehrkindzuschlag, das Kinderbetreuungsgeld und der Familienzeitbonus valorisiert.
Diese Maßnahmen allein bringen rund 253 Millionen Euro höhere Sozialleistungen im nächsten Jahr.
- b) Für alle Familien indexieren wir den Kinderabsetzbetrag, der monatlich gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt wird.

Mit der Sonder-Familienbeihilfe von 180 Euro pro Kind haben wir heuer in Summe rund 3,1 Milliarden Euro an Familienbeihilfe ausbezahlt.

Darüber hinaus wurde der Familienbonus Plus von 1.500 Euro auf 2.000 Euro aufgestockt und die Maßnahme rückwirkend ab 1. Jänner 2022 in Kraft gesetzt.

Der höhere Familienbonus Plus und der höhere Kindermehrbetrag seit Jahresbeginn bringen noch heuer eine spürbare zusätzliche Entlastung in Höhe von 175 Millionen Euro für die Familien.

Im Jahr 2023 steigt die Entlastungswirkung durch Familienbonus Plus und Kindermehrbetrag auf 600 Millionen Euro an.

So stärken wir Familien gerade in so herausfordernden Zeiten.

Auch hier gilt: Wir machen damit etwas, das seit Jahrzehnten gefordert wird.

Und auch hier steht es Ihnen natürlich frei, aus parteipolitischen Gründen nicht mitzustimmen.

Aber dann müssen Sie es den Menschen erklären.

Offenbar ist es das Paradoxon dieser Bundesregierung: Wir setzen zahlreiche sinnvolle Maßnahmen um, die jahrzehntelang von allen politischen Kräften in diesem Land gefordert wurden, trotzdem kritisiert die heutige Opposition die Regierung für die Umsetzung genau dieser Maßnahmen.

Braucht Schulterschluss in der Krise

Meine Damen und Herren!

Wir hatten während der Pandemie mit weiten Teilen des Parlaments einen politischen Schulterschluss.

Über Partei- und Ideologiegrenzen hinweg hat uns das gemeinsame Ziel geeint, Gesundheit zu schützen, Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten.

Dabei ist uns gemeinsam Vieles gelungen und ja, manches hätte man – im Rückspiegel der Geschichte – auch besser oder anders machen können.

Aber die Grundhaltung, dass wir gemeinsam das Beste für das Land geben und uns gegen die Krise stemmen, diese Grundhaltung haben wir uns sehr lange bewahrt.

Jetzt sind wir schon wieder oder noch immer in einer Wirtschaftskrise. Leider verstärkt durch eine Energie-, Sicherheits- und Inflationskrise.

Der Unterschied ist nur: Dieses Mal gibt es leider keinen Schulterschluss.

Meine Damen und Herren!

Ich halte das angesichts der historischen Verwerfungen, die wir gerade erleben, für das falsche Signal an die Bevölkerung.

Die Teuerung ist keine Frage der politischen Ideologie. Sie bedroht den Wohlstand und das tägliche Leben der Österreicherinnen und Österreicher.

Daher meine Bitte: Springen Sie öfter über Ihren parteipolitischen Schatten und zeigen wir den Menschen in unserem Land gemeinsam, dass die Politik die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt.

Es geht nicht um politisches Kleingeld, sondern darum, wie wir mit Steuergeld bestmöglich helfen können.

Staat ist da, wenn er gebraucht wird

Klar ist: Wir können nicht alle globalen Entwicklungen abfedern. Wir können keine Garantie abgeben, dass kein einziger Österreicher die Auswirkungen der Teuerung spürt.

Aber wir können das Versprechen abgeben, dass der Staat da ist, wenn er gebraucht wird.

Das haben wir in den vergangenen drei Jahren bewiesen und das werden wir auch weiterhin tun, wenn es notwendig ist.

Wir haben während einer historischen Pandemie geholfen.

Wir haben alle gemeinsam die Sicherung unseres Gesundheitssystems gewährleistet und damit Menschenleben gerettet. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmen haben wir so gut es geht vor den Folgen der Pandemie geschützt.

Wir haben unser Bestes getan und deshalb ist Österreich gut durch diese Krise gekommen.

Kernaufgabe des Staates ist es, seinen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und Sicherheit zu geben.

Das haben wir geleistet und werden wir auch weiterhin leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Jetzt geht es darum, unser Land gut durch die Krise zu bringen und Stabilität für die Zukunft zu ermöglichen. Das gilt für Österreich und es gilt für Europa.

Denn auch wenn Einige das immer wieder propagieren: Es kann uns nicht egal sein, was in der Welt passiert, weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch.

Denn beides hat direkte Auswirkungen auf die Stabilität, das Wachstum und den sozialen Frieden in Österreich.

Wir sehen das auch beim Budget, etwa, wenn wir bis 2026 zusätzlich 1 Milliarde Euro für Asyl und Fremdenwesen und 1,7 Milliarden Euro für die Polizei investieren.

Erlauben Sie mir ein Wort in Richtung jener Kritiker, die in den kommenden Monaten vielleicht einfach nur pauschal die hohen Ausgaben des Staates als Kritikpunkt herausgreifen.

Bei allem Verständnis für Kritik und politisches Tagesgeschäft bitte ich Sie eines zu bedenken:

Hinter all den Zahlen, den budgetierten Hilfen und den Zuschüssen stehen Haushalte, Pensionisten, besonders betroffene Menschen, Familien, KMU und Arbeitsplätze, die wir – wieder einmal – gut durch die Krise bringen werden.

So wie wir es während der Covid-Pandemie getan haben.

Die vergangenen drei Jahre haben Menschen, Betriebe – kleine, mittlere und große –, Verwaltung und Politik auf eine harte Probe gestellt. Und natürlich waren sie auch eine unvorhersehbare Herausforderung für unseren Haushalt und für alle Budgets in Europa.

Denn höhere Ausgaben bedeuten auch höhere Schulden.

2026 wird der absolute Schuldenstand Österreichs voraussichtlich fast 400 Milliarden Euro betragen. Im letzten Vorkrisenjahr 2019 lag dieser Wert noch bei 280 Milliarden Euro.

Egal wie gut man plant, egal wie viel Puffer man einbaut: Niemand hatte 2 ½ Jahre Pandemie und einen russischen Angriffskrieg in Europa eingepreist.

So ehrlich muss man sein.

Und trotzdem konnten wir in Österreich jederzeit die notwendigen Hilfen zur Verfügung stellen und haben uns sehr lange vergleichsweise günstig auf den Finanzmärkten finanziert.

Jetzt hat oberste Priorität, die Kaufkraft zu erhalten. Und den Menschen die Sicherheit zu geben, dass sie sich ihr Leben auch weiterhin leisten können.

Die langfristigen Folgen für den Standort und die Menschen wären viel fataler, **würden wir jetzt nicht helfen.**

Daher: Ja, „whatever it takes!“ Aber in meiner Definition heißt das nicht „koste es, was es wolle“, sondern das Notwendige zur Verfügung stellen.

IV. Rückkehr zu nachhaltiger Budgetpolitik

Und ja, **Krisen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Sie sind aber keine Entschuldigung, um leichtfertig sinnvolle Ideen zu begraben.**

Deshalb dürfen wir bei aller notwendigen Krisenintervention die langfristige Perspektive nicht aus den Augen verlieren.

Denn die Schulden von heute sind ein schwerer Rucksack, den auch noch unsere Enkelkinder tragen werden.

Darum müssen wir die steigenden Staatsschulden im Auge behalten und vor allem müssen wir mittel- bis langfristig den Schuldenberg wieder abtragen.

- Bis 2026 soll das Maastricht-Defizit von aktuell 3,5% auf 1,6% sinken,
- Im gleichen Zeitraum gehen wir von einer Reduktion der Schuldenquote von 78,3% im Jahr 2023 auf 72,5% im Jahr 2026 aus.

Und wir werden auch in Europa wieder eine mahnende und vielleicht für den einen oder anderen unangenehme Stimme für eine Rückkehr zu einer nachhaltigen Budgetpolitik sein.

Und ich sage das nicht, weil es gut klingt, wenn der Finanzminister sich für nachhaltige Budgets einsetzt. **Es ist eine Frage des Hausverstandes, der Krisenvorsorge und des richtigen Umgangs mit Steuergeld.**

Jeder Kreditnehmer weiß: Wenn die Zinsen steigen, bleibt weniger Geld im Haushaltsbudget.

So geht es auch dem Staat.

- Durch die notwendigen Zinsanhebungen der EZB im Kampf gegen die Inflation haben sich die Kosten für unsere Schulden seit Jahresbeginn massiv erhöht. Im Jänner betrug die Rendite noch durchschnittlich 0,18% für die 10-jährige Anleihen, aktuell stehen wir bei 2,87% (10/22).
- Im Zeitraum Jänner bis August 2021 hat der Bund für seine Schulden Auszahlungen iHv 1,9 Milliarden Euro geleistet, im Vergleichszeitraum des aktuellen Jahres stiegen die Auszahlungen des Bundes für den sogenannten Zinsdienst auf 3,9 Milliarden Euro (+103%).
- Das sind im Vergleich zum Vorjahr fast zwei Milliarden Euro mehr, die wir für unsere Schulden zahlen, statt dieses Geld in Pflege, Bildung, Sicherheit oder Digitalisierung investieren zu können.
- Bis 2026 werden sich unsere Zinsausgaben gegenüber heuer von 4,4 Milliarden Euro auf 8,4 Milliarden Euro fast verdoppeln.

Jede Million mehr Schulden verzögert wichtige Projekte in Österreich.

Daher ist eine Reduktion der Defizite kein Selbstzweck, keine politische Liebhaberei – sondern kaufmännische Sorgfalt.

Schulden in Europa abbauen – EZB Spielraum geben

Schon vor der Covid-Pandemie waren einige Länder Europas auf einem gefährlichen budgetären Weg.

Wir haben regelmäßig vor dieser Entwicklung gewarnt. Es war eine Botschaft, die in weiten Teilen Europas und teilweise auch hier im Parlament nicht gerne gehört wurde und es waren Rufe, die weitgehend ungehört blieben.

Bis zur Pandemie waren wir in Österreich auf einem guten Weg und haben die Schuldenquote auf knapp 71% reduziert, bevor sie 2020 durch die Maßnahmen gegen die Covid-Pandemie auf rund 83% gestiegen ist. Italien hatte im selben Zeitraum eine Staatsverschuldung von 134% und liegt aktuell bei 148% Schuldenquote.

Ohne die Covid-Pandemie und die dadurch notwendigen Ausgaben hätte diese Regierung bereits 2020 einen Überschuss erwirtschaftet.

Solide Budgetpolitik ist keine Frage der Ideologie, es ist eine Frage des Hausverstandes.

Schulden knebeln uns im Kampf gegen Inflation

Europas Schulden knebeln uns im Kampf gegen die Inflation. Es ist die Aufgabe der Mitgliedsstaaten, mittel- bis langfristig die Budgets in Ordnung zu bringen, damit die Europäische Zentralbank jenen Handlungsspielraum hat, den sie im Kampf gegen die Inflation braucht.

Es ist absurd: Die EZB hebt die Zinsen an, und muss gleichzeitig Notprogramme für massiv verschuldete Staaten beschließen.

Die hohe Inflation hat Europa nicht selbstverschuldet. Doch die Versäumnisse der europäischen Schulden- und Budgetpolitik und die versäumten Strukturreformen haben die Spielräume der EZB weiter eingeschränkt.

Geld wieder mehr schätzen lernen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Corona und die aktuelle Wirtschaftskrise haben die Relationen verschoben.

Beträge, die früher monatelang verhandelt wurden und Meilensteine für die Ressorts, die Länder, die Gemeinden und vor allem die Betroffenen waren, werden jetzt als „Tropfen auf den heißen Stein“ oder als „richtige erste Schritte“ klein geredet.

Summen, die dem Jahresbudget österreichischer Bundesländer entsprechen, werden mit einer Leichtigkeit unter dem Deckmantel der Krise gefordert und der Bevölkerung auch als Selbstverständlichkeit kommuniziert.

Pakete, die „nur ein paar Millionen“ ausmachen, werden medial als Kleinigkeit kritisiert.

Nein, meine Damen und Herren, ein paar Millionen und Milliarden Euro Steuergeld sind keine Selbstverständlichkeit, die man sich im Vorbeigehen abholt.

Ein paar Millionen auf oder ab sind nicht egal.

Es hatte nur in Zeiten der globalen Krise einen anderen Wert und es brauchte andere Dimensionen, um zu helfen.

Wir alle müssen endlich anfangen zu lernen, unser Steuergeld wieder mehr zu schätzen.

Deshalb bitte ich Sie alle heute, die Verantwortungsträger in Bund und Land, die Medien und die Bürgerinnen und Bürger:

Leisten wir gemeinsam einen Beitrag, dass Steuergeld wieder die Wertschätzung bekommt, die es verdient.

Nehmen wir **die unvorstellbar hohen aber in der Krise notwendigen Beträge** der Gegenwart **nicht als selbstverständliche Ansprüche gegenüber dem Staat hin**, sondern als **etwas, das zuerst erwirtschaftet werden muss**.

IV. Verantwortung der Ressorts: Kluge Schwerpunktsetzung

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts des Spagats aus kurzfristig notwendigen Maßnahmen gegen die Krise auf der einen und dem langfristigen Abbau der Schulden auf der anderen Seite braucht es eine sorgsame Budgetierung.

Dieses Budget hat nicht als oberste Priorität, die Ressorts glücklich zu machen, indem wir ihre Wunschliste erfüllen.

Dieses Budget hat als oberste Priorität, das zu tun, was notwendig ist, um das Leben der Menschen leistbar und das Überleben von Betrieben und Arbeitsplätzen zu sichern.

Entscheidungen zu treffen, Prioritäten zu setzen und manchmal Nein zu sagen, ist nicht populär. Aber es ist notwendig.

Es ist nicht das Geld des Staates, das wir in der Republik verteilen. Es ist immer das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie haben es dem Staat nur anvertraut. Es ist auch das Geld der nächsten Generation, über das wir hier entscheiden. Und es ist die Zukunft, die wir damit gestalten.

Es sind die Mittel, die wir ihnen im Kampf gegen Klimawandel, Altersarmut, für mehr Bildung, für nachhaltige Pflege- und Sozialfinanzierung und für den digitalen Wandel zur Verfügung stellen – oder eben nicht.

Gemeinsam haben wir als Bundesregierung ein Budget auf die Beine gestellt, das den Ressorts Spielraum für Antworten auf Fragen der Zukunft gibt und gleichzeitig Ressourcen für die Krisenbewältigung freimacht.

Budget als Antwort für Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir erleben in vielerlei Hinsicht einen Wandel, der unser aller Leben nachhaltig verändern wird.

Angesichts eines beispiellosen Angriffskrieges in der Ukraine, der uns zwingt wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland zu beschließen, die natürlich auch Auswirkungen auf unsere eigene Wirtschaft haben, müssen wir unsere Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren.

Wenn sich die Sicherheitslage in Europa ändert, müssen auch wir mehr in Sicherheit investieren.

Wenn sich durch einen Krieg die Landkarte unseres Kontinents ändert, müssen auch wir militärische Kernkompetenzen ausbauen und stärken.

Und das tun wir – indem wir mit diesem Budget einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Sicherheit in unserem Land legen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Themen und Schwerpunkte dieses Budgets sind aber vielfältiger:

Die Digitalisierung ändert unser Sozialleben und unsere Arbeitswelt.

Die Herausforderungen in der Pflege zwingen uns zu handeln – und wir zeigen mit unserem Pflege-Paket die soziale Handschrift der Regierung.

Aber vor allem der Klimawandel und die damit notwendigen Maßnahmen bedeuten eine Veränderung in unserem Konsumverhalten und unserem Wirtschaften.

Die nachhaltige Transformation ist eine Herausforderung, die wir klug angehen. Nur so nehmen wir die Chance für unseren Wirtschaftsstandort wahr, schaffen wir Arbeitsplätze und schützen wir unsere Natur.

Klar ist: Österreich braucht hohe Investitionen in der Zukunft, um die Energiewende zu stemmen.

Nur so, also gemeinsam und praxistauglich, schaffen wir die Energiewende und beweisen zugleich: Wir können Klimaschutz und einen wettbewerbsfähigen Standort intelligent kombinieren und brauchen dazu keine Verbote.

Diese Veränderungen sind nicht von vornherein positiv oder negativ.

Es liegt an uns allen, der Politik, den Unternehmen aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, wie wir diesen Wandel gestalten. Es ist nicht von vornherein negativ, wenn man mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Arbeit fährt, statt mit dem Auto.

Aber, wir kennen die Lebensrealitäten der Menschen: Nicht jeder hat eine U-Bahn vor der Haustür und wir können nicht in jedes Tal eine Schiene legen.

Aber natürlich – wir müssen als Politik die Rahmenbedingungen schaffen, dass auch die Menschen im entlegenen ländlichen Raum ein entsprechendes öffentliches Verkehrsnetz zur Verfügung haben.

Das gilt auch für die digitale Infrastruktur, die der Staat zur Verfügung stellen muss, um ein Stadt-Land-Gefälle zu verhindern.

Wir sehen all diese Herausforderungen und wir gehen sie an, auch mit diesem Budget.

Sicherheit und Transformation sind für uns die wesentlichen Schwerpunkte.

Wir geben damit nicht nur kurzfristig notwendige Antworten, sondern investieren auch gezielt in Bereiche, die Österreich für die Zukunft stärken.

Bis 2026:

- Investieren wir zusätzlich 1,4 Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr und die Transformation des Verkehrs,
- stärken wir die Digitalisierung mit 336,2 Millionen Euro,
- geben wir 3,6 Milliarden mehr für unsere Bildungslandschaft aus
- und stellen wir 1,7 Milliarden Euro für die Umsetzung der Pflegereform zur Verfügung.

Budget-Schwerpunkt Sicherheit

Der Krieg in der Ukraine hat die Sicherheitslage in Europa schlagartig geändert. Er zwingt alle Regierungen auf dem Kontinent, bisherige Positionen und Einstellungen zur militärischen Landesverteidigung kritisch zu hinterfragen.

Die Neutralität Österreichs hat uns gute Dienste erwiesen und steht aktuell auch nicht zur Diskussion. Das heißt aber nicht, dass wir nicht darüber nachdenken müssen, wie wir diese Neutralität und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land bestmöglich schützen können.

Unser Bundesheer hat hier eine wesentliche Schutzfunktion für Land, Menschen und Demokratie.

Und Ja, vor ein paar Jahren war die Ausrichtung des Bundesheeres und die finanzielle Ausstattung eine andere. Weil auch die Sicherheitslage in Europa eine andere war.

Mit dem russischen Angriffskrieg ist Europa eine Spur unsicherer geworden, deshalb müssen wir wieder mehr in unsere Sicherheit investieren und das tun wir mit diesem Budget:

- **Wir investieren bis 2026 zusätzlich 5,3 Milliarden Euro in das Österreichische Bundesheer – so viel wie noch nie.**
- Im Vergleich zum bisherigen Finanzrahmen steigt das Budget für 2023 um 680 Millionen Euro.

- Und ja, wir investieren laut internationalen Standards damit bereits 2023 1 Prozent unseres BIP in die Landesverteidigung und Ziel ist, bis 2027 1,5 Prozent des BIP dafür aufzuwenden.
- Es handelt sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren um **die bisher größte und über die Jahre konstanteste Budgetaufstockung** für das Bundesheer.

Wir statten unsere Soldatinnen und Soldaten mit moderner Kampf- und Schutzausrüstung aus, damit sie Österreich bestmöglich schützen können.

Gleichzeitig investieren wir in die Infrastruktur, um etwa im Falle eines Blackouts bestmöglich gerüstet zu sein. Und wir stärken den Schutz im Cyber-Raum und die elektronische Kampfführung.

Aber wir verstehen Sicherheit nicht nur im Sinne der militärischen Sicherheit.

Wenn man sich die Punkte der einzelnen Ressorts ansieht, dann zieht sich die **militärische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit quer durch dieses Budget.**

Wir investieren in neue Hubschrauber und Krisenvorsorge bei der Polizei, im Sozialbereich finanzieren wir Projekte zur Armutsvermeidung und wir stellen Mittel für die wirtschaftliche Stabilität unserer Unternehmen und zur Absicherung am Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Budget-Schwerpunkt Transformation

Meine Damen und Herren!

Wir stehen an einer Zeitenwende.

Das betrifft nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Neben der Digitalisierung werden vor allem der ökologische Wandel und der nun rascher notwendige Ausstieg aus fossilen Energieträgern die große Herausforderung der kommenden Jahre:

- **Bis 2026** stellen wir daher in diesem Bundesfinanzrahmen zusätzliche **4,9 Milliarden Euro für die Transformation der Wirtschaft und des Standorts zur Verfügung**, um effektiv auf den Klimawandel zu reagieren.
- Für Vorhaben im Bereich **grüner und digitaler Zukunftstechnologien** und **für eine nachhaltige und innovative Transformation von Schlüsselindustrien** werden etwa **220 Millionen Euro** zur Verfügung gestellt. Dazu kommen noch einmal 330 Millionen Euro für angewandte Forschung in Zukunftstechnologien.

- **Allein für die Transformation energieintensiver Wirtschaftszweige und der nachhaltigen Sicherung des Industriestandorts Österreich** werden in der UG 43, also **im Klimaschutzressort**, für die Jahre 2023-2026 **insgesamt 1,375 Milliarden Euro** zur Verfügung gestellt.

Wir begleiten damit heimische Industrieunternehmen auf ihrem Weg zu einer CO₂-freien Zukunft und sichern dabei die Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich langfristig ab.

- Zur Reduktion unserer Abhängigkeit von russischem Erdgas sind für die Jahre 2023-2025 insgesamt **300 Millionen Euro für die Gasdiversifizierung vorgesehen**. Davon werden im Jahr 2023 100 Millionen Euro für die Förderung des Transportes von nicht-russischem Gas nach Österreich budgetiert.

Und wir investieren weiter in die digitale Transformation von Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung.

V. Ressortbudgets

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Herausforderungen der kommenden Jahre werden deutlich, wenn man sich ein paar Eckpunkte aus den Ressortbudgets ansieht:

UG 10 – Bundeskanzleramt

- Die Budgets des Bundeskanzleramts werden im Vergleich zum bisherigen Bundesfinanzrahmen bis 2026 um 139 Mio. Euro erhöht.
- Davon sind 17,9 Mio. Euro für die Bereiche Frauen und Gleichstellung vorgesehen und sollen vor allem auch in Infrastrukturmaßnahmen im Gewaltschutz investiert werden.
- Die Integration bleibt – nicht zuletzt aufgrund des Ukrainekrieges – eine wesentliche Herausforderung. Daher führen wir die dafür vorgesehenen Budgetmittel von 107,8 Mio. Euro auf dem hohen Niveau des Vorjahres fort.

UG 25 – Familien und Jugend

- Für den Bereich Familie & Jugend wird das Budget im Vergleich zum Vorjahr um 38,1 Mio. Euro erhöht.
- Die erstmalige Anpassung der Familienleistungen an die Inflation führt 2023 zu einer zusätzlichen Auszahlung in der Höhe von 253,4 Mio. Euro.
- Die Reduktion der Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds bringt den Unternehmen etwa 350 Mio. Euro.

UG 11 – Inneres

- Im Bereich der Exekutive haben uns die vergangenen beiden Jahre deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, auf Krisen vorbereitet zu sein. Unsere Polizistinnen und Polizisten haben hier einen großen Anteil zum Schutz der inneren Sicherheit beigetragen. Wir werden in den kommenden vier Jahren das Budget für Maßnahmen zur Krisenvorsorge um 90 Mio. Euro erhöhen.
- Zusätzlich stocken wir die finanziellen Mittel zur Verbesserung von Schutzausrüstung, Einsatztechnik und Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Höhe von 121 Mio. Euro auf.
- Mit 60 Mio. Euro mehr als im Bundesfinanzrahmen 2022-2025 wird die Anschaffung von vier Transporthubschraubern finanziert. Damit investieren wir insgesamt mehr als 180 Mio. Euro zusätzlich in die Verbesserung, Aufstockung und Modernisierung der österreichischen Exekutive.
- Und wir stocken nicht nur im Bundeskanzleramt, sondern auch im Innenministerium die Mittel für den Schutz von Frauen vor Gewalt auf.

UG 12 – Äußeres

- Die Mittel für das Außenministerium werden kommenden Jahr um 25,1 Mio. Euro erhöht. Bis 2026 werden zusätzliche finanzielle Mittel von mehr als 241,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit stehen ab 2023 um 12 Mio. Euro mehr pro Jahr zur Verfügung, die insbesondere für Projekte in den Schwerpunktländern und -regionen verwendet werden können.

UG 13 – Justiz

- Die personelle Aufstockung der Justiz geht auch mit diesem Budget weiter. Künftig werden für die Besetzung und Aufstockung von Planstellen jährlich zusätzlich 15,1 Mio. Euro zur Verfügung stehen.
- In Summe investieren wir 2023 knapp 215 Mio. Euro zusätzlich in zentrale Bereiche der Justiz.
- Allein für den Strafvollzug werden zusätzlich jährlich 49,6 Mio. Euro und für den Maßnahmenvollzug und die medizinische Versorgung jährlich 44,8 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

UG 17 – Öffentlicher Dienst & Sport

- Für den Bereich Öffentlicher Dienst und Sport stehen bis 2026 81,8 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung.
- Neben der Unterstützung des Breiten- und Spitzensportes stellen wir auch Mittel für Großveranstaltungen wie die Alpine Ski-WM 2025 in Saalbach-Hinterglemm mit 8 Mio. Euro zur Verfügung.
- Und wir haben uns in der Regierung auch auf zusätzliche Mittel für den Sport verständigt.

UG 32 – Kunst und Kultur

- Für das Jahr 2023 sind für den Bereich Kunst und Kultur Auszahlungen in der Höhe von 620,2 Mio. Euro vorgesehen – das entspricht einer Steigerung von 63,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.
- Alle Bereiche des Lebens und somit auch der Kunst & Kultur-Bereich sind von der hohen Inflation und den Teuerungen betroffen. Daher müssen auch in diesem Bereich konkrete Entlastungsmaßnahmen im Fokus der Mittelverwendung stehen.
- Damit das gelingt, wurden zB die diversen Kunst- und Kulturförderungen in der Höhe von 15 Mio. Euro aufgestockt, um stabile finanzielle Rahmenbedingungen für die heimische Kunst- und Kulturszene sicherzustellen.

BM f. Arbeit und Wirtschaft (UG 20, UG 33, UG 40)

UG 20 – Arbeit

- Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels werden kommendes Jahr im Arbeitsressort zusätzlich 120 Mio. Euro bereitgestellt. Außerdem werden im Rahmen des „Programms Sprungbrett“ zusätzlich 300 Mio. Euro eingesetzt. Damit werden 2022 und 2023 50.000 langzeitarbeitslose Personen wieder in den Arbeitsmarkt integriert.
- Damit stehen ausreichend Mittel zu Verfügung, um eine wirksame Arbeitsmarktpolitik machen zu können.
- Im Rahmen der Pflegereform wird der Pflegeberuf für Berufsumsteigerinnen und Berufsumsteiger attraktiviert. Dafür steht jährlich ein finanzieller Rahmen von 30 Mio. Euro zur Verfügung.

UG 40 – Wirtschaft

- Die aktuelle Krise und die bevorstehenden notwendigen Transformationen sind eine standortrelevante Herausforderung für unsere Wirtschaft.
- Daher werden die finanziellen Mittel des Wirtschaftsressorts im Vergleich zum Vorjahresbudget um 1,1 Mrd. Euro und damit um knapp 45% erhöht.
- Für den Energiekostenzuschuss für die Wirtschaft stellen wir zusätzlich zu den diesjährigen Mitteln auch 2023 850 Mio. Euro zur Verfügung.
- Die digitale & ökologische Transformation unserer Schlüsselindustrie unterstützen wir bis 2026 mit zusätzlichen 220 Mio. Euro.
- Wir wollen, dass die großen internationalen Streamingproduktionen nicht nur Abonnenten aus Österreich holen, sondern vor allem Wertschöpfung bei uns im Land lassen. Daher stellen wir bis 2026 142 Mio. Euro. für ein neues Anreizsystem zur Verfügung, zusätzlich zu den entsprechenden Neu-Dotierungen für österreichische Filmproduktionen im Kulturbudget.

Angewandte Forschung – (Wirtschaft, Innovation, Technologie – UG 33, UG 34)

Der Bereich Angewandte Forschung ist essentiell, um die Attraktivität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Österreich zu sichern und weiter zu steigern. Auch für den Umstieg auf neue Energieformen leistet die Angewandte Forschung einen wesentlichen Beitrag, um auch in Zukunft einen handlungs- und wettbewerbsfähigen Standort gewährleisten zu können.

UG 33 – Wirtschaft (Forschung)

- Die Auszahlungen für die angewandte Forschung des BMAW steigen im Jahr 2023 auf 281,7 Mio. Euro - im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine beachtliche Steigerung der finanziellen Mittel von 65%.
- Bis 2026, also über die gesamte Periode des Bundesfinanzrahmens stehen 405,7 Mio. Euro mehr an finanziellen Mittel zur Verfügung.

UG 34 – Innovation und Technologie

- Die Auszahlungen für angewandte Forschung des BMK steigen für das kommende Jahr um 42,5 Mio. Euro auf 624,1 Mio. Euro. Bis 2026 lässt sich ein finanzielles Plus von 106,2 Mio. Euro im Bundesfinanzrahmen verzeichnen. Damit werden die Transformation der Wirtschaft und der Umstieg auf neue Energien weiter unterstützt.

BM f. Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

UG 24 – Gesundheit

- Für den Bereich Gesundheit sehen wir im kommenden Jahr 1,2 Mrd. Euro für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie vor – das soll unter anderem zur weiteren Finanzierung der Beschaffung von Impfstoffen und Zahlungen aus bereits umgesetzten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung aus dem Epidemiegesetz oder dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz verwendet werden.
- Die Umsetzung der Entlastungsmaßnahmen aus den Anti-Teuerungspaketen wirkt sich auch auf die UG 24 aus: Für außerordentliche Gutschriften auf Krankenversicherungsbeiträge von Landwirten und Gewerbetreibenden wird mit 80 Mio. Euro vorgesorgt.

UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

- Im Bereich Soziales & Konsumentenschutz stehen im Vergleich zum BVA 2022 rund 775 Mio. Euro mehr an finanziellen Mitteln zur Verfügung.
- Hauptaugenmerk liegt auf dem Pflegebereich und der Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen der Pflegereform.
- So sind etwa Zweckzuschüsse von 570 Mio. Euro vorgesehen, um eine bessere Bezahlung in Pflege- und Betreuungsberufen gewährleisten zu können.
- Zudem werden Mittel zur Erhöhung der Förderung von 24h-Betreuung mit einem Volumen von 16 Mio. Euro bereitgestellt.

BM f. Bildung, Wissenschaft und Forschung

UG 30 – Bildung

- Bereits 2022 hat das Bildungsbudget die 10 Mrd. Euro-Marke überstiegen und steigt nächstes Jahr um eine weitere Milliarde auf 11,25 Mrd. Euro.
- Für Gesundheitsschutzmaßnahmen und Förderstunden stellen wir für das Schuljahr 2023 238,1 Mio. Euro zur Verfügung.

UG 31 – Wissenschaft und Forschung

- Wir alle haben uns vor wenigen Tagen mit Professor Zeilinger über seinen Nobelpreis gefreut. Dieser Preis ist Anerkennung für seine jahrelange Forschungsarbeit. Gleichzeitig zeigt er, dass wir die Grundlagenforschung in Österreich weiter stärken müssen. Denn niemand weiß, in welchem Feld vielleicht die nächste bahnbrechende Entdeckung kommt und was für Anwendungen möglich sein werden.
- Wir stocken das Forschungsbudget in den Jahren 2023 bis 2026 um insgesamt 510,3 Mio. Euro auf – dadurch ermöglichen wir den Ausbau zentraler Einrichtungen für Grundlagenforschung und machen die Umsetzung von neuen Programmen und Missionen möglich.
- Im Bereich Wissenschaft und Forschung erhöhen sich die Auszahlungen im Vergleich zum Vorjahr um 302,4 Mio. Euro auf einen Gesamtbetrag von 5,9 Mrd. Euro.
- Für Universitäten werden im Rahmen eines Teuerungsausgleichs jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 250 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Um auch die Studierenden zu entlasten und ihre finanzielle Situation zu verbessern, wird einerseits die Studienförderung angehoben und andererseits jährlich valorisiert. Davon profitieren rund 50.000 Studienbeihilfebezieherinnen und -bezieher. Dafür nehmen wir in den Jahren 2023 bis 2026 mehr als 300 Mio. Euro in die Hand.

UG 43 – Klima, Umwelt, Energie

- Mit der Mittelbereitstellung von 14,8 Mrd. Euro bis 2026 bekennen wir uns langfristig zu einer nachhaltigen Finanzierung des Klima- und Umweltschutzes in Österreich.
- Die energiepolitischen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine haben uns vor Augen geführt, wie wichtig es ist unabhängiger von russischem Gas zu werden. Um das erreichen zu können, sind bis 2025 300 Mio. Euro für die Gasdiversifizierung vorgesehen.
- Um die generelle Energieeffizienz zu erhöhen, nehmen wir nun jährlich 190 Mio. Euro in die Hand.

UG 41 – Mobilität

- Im Bereich der Mobilität werden die Schwerpunkte des Regierungsprogramms weiterhin konsequent umgesetzt.
- Bis 2026 steigt das Auszahlungsvolumen um 1,4 Mrd. Euro, was ein Plus von 6,6% darstellt.
- Dadurch kann etwa die Finanzierung des ÖBB-Rahmenplans trotz steigender Zinsen mittels der Bereitstellung von zusätzlichen 503,9 Mio. Euro bis 2026 sichergestellt werden.

UG 42 – Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft

- Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft werden im kommenden Jahr 270 Mio. Euro für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung zur Verfügung stehen.
- Für den Schutz vor Naturgefahren sind bis 2026 zusätzlich 60 Mio. Euro budgetiert. Das ist wichtig, um das Risiko von Hochwasserschäden trotz stark gestiegener Baukosten nachhaltig zu senken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

All diese Maßnahmen finanzieren wir nicht in Zeiten der Hochkonjunktur, sondern mitten in einer Krise, die unsere Art zu leben nachhaltig in Frage gestellt hat.

Wir setzen als Bundesregierung die richtigen Maßnahmen für Österreich, die Menschen und die Betriebe.

Wir stemmen uns nicht nur gegen die Krise, wir investieren aus ihr heraus in zukünftige Möglichkeiten und Chancen und setzen **gezielt Schwerpunkte, die uns langfristig stärken.**

Wir investieren in die militärische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit des Landes.

Das ist, was die Menschen von uns erwarten. Nicht nur in schwierigen Zeiten, aber jetzt mehr denn je!

Österreich soll stärker, sicherer und unabhängiger aus der Krise kommen. Aus Verantwortung für Morgen.

Vielen Dank!